

Gerhard Schüsselbauer

Rumänien und Bulgarien – Politik und Ökonomie der EU-Neumitglieder

„So war es eben in dem geliebten Spiel: In dem Moment, in dem man glaubte, den Joker gezogen zu haben, wurde einem der Thron, auf dem man saß, von hinten weggezogen und man landete auf dem Boden der Armut mit seinen schäbigen Plattenbauwohnungen und trüben Ausblicken auf die grauen Fassaden des Lebens der kleinen Leute.“ (Vladimir Zarev, Verfall, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2007, S.465)

EU-Beitritt Januar 2007 – das Ende der Systemtransformation?

Die Aufnahme von insgesamt zwölf neuen Mitgliedstaaten in den Jahren 2004 und 2007 stellt die Europäische Union (27) nach dem Mammutprogramm der letzten Jahre vor nicht weniger entscheidende Weichenstellungen. Fragen nach der möglichen Finalität der EU-Integration, der endgültigen Verabschiedung eines Grundlagenvertrags der EU-Staaten, der Grenzen Europas sowie der vielfältigen politischen Herausforderungen paaren sich mit sehr ernst zu nehmenden Stimmen, ob die EU nicht in den nächsten Jahren innehalten sollte, da sie sonst am Spagat zwischen permanenter Erweiterung und Vertiefung zu zerbrechen drohe. Die EU müsse zunächst den großen Teig der aufgenommenen Länder bei gleichzeitig bestehenden eigenen verkrusteten institutionellen Strukturen verdauen, zumal sich etliche Staaten einer mangelnden politischen Stabilisierung gegenübersehen.

Für die meisten der ostmitteleuropäischen Länder ist die Systemtransformation in ökonomischer Hinsicht weitestgehend abgeschlossen¹. Im Fall von Rumänien und Bulgarien kann sie im Gegensatz dazu bestenfalls als vorangekommen bzw. fortgeschritten eingestuft werden. Hinsichtlich des politischen Reifegrades und der Festigung einer Parteienlandschaft trifft dies aber auch auf Länder wie Polen, Tschechien oder Ungarn keineswegs zu. Hier zeigen sich die südosteuropäischen Neumitglieder erstaunlich stabil und wesentlich weniger aufgeregt als die erwähnten mitteleuropäischen Länder. Um allerdings die politische und sozialpolitische Konsolidierung voranbringen zu können, sind in Zukunft noch vielfältige gesellschaftliche Anstrengungen der politischen Akteure und Entscheidungsträger vonnöten. Denn anders als in den Ländern des östlichen Mitteleuropa hat die Hinterlassenschaft der kommunistischen Herrschaft zu einem noch größeren Entwicklungsrückstand geführt. Zudem gelten die ersten Jahre nach der politischen Wende 1989/1990 aufgrund des politischen Chaos und des wirtschaftspolitischen Stop-and-go-Kurses als verlorener Zeitraum. Nun ist es an der Zeit, nach dem erfolgten Beitritt die unter Beweis gestellte Beitrittsfähigkeit zu ergänzen um die von Rumäniens Präsident Traian Băsescu geforderte Beitrittswürde.

¹ Vgl. GERHARD SCHÜSSELBAUER: Das Ende der Systemtransformation oder der Beginn des neuen (Lügen-)Populismus? UNGARN, DIE SLOWAKEI und TSCHIECHIEN im Jahre 2006, aktuelle ostinformationen, 2006, 3/4, S. 4-13.

Während Nicolae Ceaușescu Rumänien von 1965 bis 1989 mit seiner menschenverachtenden Diktatur des Wahnsinns und der Gehirnwäsche ruinierte sowie durch den krampfhaften, jedoch brutalen Versuch der wirtschaftlichen Autarkie in die Isolation trieb, verwirklichte Todor Schiwkow in den 35 Jahren seiner Amtszeit in Bulgarien eine Einparteienherrschaft und lehrbuchartige Zentralverwaltungswirtschaft gemäß marxistisch-leninistischer Ideologie und zementierte daher den wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Rückstand bis weit über die Wendezeit hinaus. So vergingen 14 Jahre, bis nach der Unterzeichnung der Assoziierungsabkommen der EU mit Rumänien und Bulgarien im Jahr 1993 der Beitritt unter Auflagen, was ein Novum in der Geschichte der EU-Erweiterungsrunden darstellt, vollzogen werden konnte. Die Verhandlungen mit der EU gestalteten sich gerade deshalb als außerordentlich schwierig, da die Umsetzung kurz- und mittelfristiger Prioritäten immer wieder entscheidend ins Stocken gerieten, auch wenn die umfassenden Anstrengungen seitens der beiden Länder gewürdigt wurden².

Lag die Zustimmung der Bürger zur EU-Vollmitgliedschaft in beiden Ländern beinahe traditionell hoch und zeigte somit sowohl die Wertschätzung dem Integrationsmodell Modell EU gegenüber als auch den Wunsch, der historischen und kulturellen Notwendigkeit zu entsprechen, so sank die Zustimmung bis zum EU-Beitritt deutlich. Dies ist vor allem den innenpolitischen Schwierigkeiten anzulasten sowie mit der Komplexität und Dauer des Beitrittsprozesses zu erklären. Zugleich unterstützt die EU den Transformationsprozess durch unterschiedliche Finanzinstrumente (PHARE, SAPARD, ISPA). Während Rumänien seit 1990 im Zuge der Vorbeitrittshilfen etwa sieben Milliarden Euro Unterstützung erfahren hat, belief sich die Unterstützungsleistung für Bulgarien auf etwa 300 Millionen Euro jährlich. Im jetzigen Haushaltsrahmenwerk der EU (2007 bis 2013) sind bis zum Jahr 2009 für Rumänien Zahlungen in Höhe von rund zehn Milliarden Euro und für Bulgarien ca. 4,7 Milliarden Euro vorgesehen³. Das Problem steckt jedoch in der konkreten projektbezogenen Mittelverwendung, die von den jeweiligen Ländern im so genannten „Twinning“-Prinzip kofinanziert werden muss. Viele Projekte werden wegen der fehlenden institutionellen und administrativen Voraussetzungen sowie der hohen, jedoch berechtigten Anforderungen seitens der Zuwendungsgeber scheitern, sodass der EU-Haushalt von nicht verausgabten Zahlungsverpflichtungen gekennzeichnet ist.

Rumänien im Spannungsfeld zwischen politischer Konsolidierung und Machtauseinandersetzungen

Sowohl der seit Ende 2004 amtierende Präsident Traian Băsescu, der ehemalige Bürgermeister der Hauptstadt Bukarest, als auch Ministerpräsident Călin Popescu-Tăriceanu, der ein Wahlbündnis bestehend aus der sozialdemokratischen PSD und der sozialliberalen PUL regiert, hatten stets die erklärte Absicht verfolgt, den EU-Beitritt spätestens Anfang 2007 zu realisieren. Allerdings schienen auch die neuen politischen Eliten die immensen Herausforderungen durch

² Vgl. KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Monitoring-Bericht über den Stand der Beitrittsvorbereitungen Bulgariens und Rumäniens, Brüssel 26.9.2006, S. 14 ff.

³ Vgl. OLAF LEIBE, Rumänien und Bulgarien – Der steinige Weg zum EU-Beitritt, Orientierungen zur Wirtschafts – und Gesellschaftspolitik Heft 110, 4/2006, S. 41.

die Übernahme des gemeinschaftlichen Rechtsbesitzstandes (Acquis Communautaire) und die daraus resultierenden mittelfristigen Prioritäten zu unterschätzen. Als Resultat ergab sich sowohl für Rumänien als auch Bulgarien ein Beitritt Anfang dieses Jahres unter Auflagen verbunden mit Schutzklauseln, die einer besonderen Überwachung bedürfen („Monitoring“). Hinzu kam die sehr verhaltene Einstellung einiger EU-Staaten im Hinblick auf das bereits vertraglich vereinbarte Beitrittsdatum 2007.

Seit 2005 geriet Staatspräsident Traian Băsescu zunehmend in Konflikt mit dem amtierenden Ministerpräsidenten Călin Popescu-Tăriceanu, obwohl beide dem Koalitionsbündnis der nationalliberalen und demokratischen Kräfte angehören⁴. Grund waren gegenseitige Beschuldigungen des Machtmissbrauchs, Korruptionsvorwürfe sowie divergierende Ansichten zum Abzug der rumänischen Truppen aus dem Irak, den Tăriceanu befürwortete, Băsescu hingegen ablehnte. Am 19. April 2007 wurde Băsescu vom Parlament suspendiert. Unter anderem wurden ihm „Verfassungsverletzungen“ und „willkürliche Anwendung der Gesetze“ vorgeworfen. Zwischenzeitlich übernahm Nicolae Văcăroiu, der bisherige Vorsitzende des Senats, die Funktionen des Staatspräsidenten. Über eine endgültige Absetzung hatte ein Referendum zu entscheiden, das am 19. Mai 2007 stattfand. Nach einem ursprünglichen Gesetz hätten mindestens 50 Prozent der Wahlberechtigten gegen den Präsidenten stimmen müssen, damit dieser definitiv seines Amtes enthoben werden könnte. Băsescus Gegner setzten im Parlament jedoch eine Gesetzesänderung durch, nach der beim Referendum eine relative Mehrheit genügt hätte, um Băsescu abzusetzen. Der in der Bevölkerung sehr populäre Băsescu wurde schließlich mit 74,5 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt, wobei die Wahlbeteiligung bei geringen 44,5 Prozent lag. Im Gegenzug scheiterte die Demokratische Partei PD, die aus der Koalition mit der Nationalliberalen Partei PNL und der Demokratischen Union der Ungarn in Rumänien bestanden hatte und nach fortgesetzten Streitigkeiten zerbrochen war, am 11. Juni 2007 mit dem Versuch, Popescu-Tăriceanu durch einen ins Parlament eingebrachten Misstrauensantrag zu stürzen.

Băsescu seinerseits wirft der Regierung von Popescu-Tăriceanu vor, ein System der fatalen Verflechtung von Privatwirtschaft, dominiert von wenigen Oligarchen, und der politischen Elite zuzulassen. Eine effiziente Korruptionsbekämpfung und Eindämmung der Günstlingswirtschaft würde somit unmöglich gemacht⁵.

Der Fortschrittsbericht zu Bulgarien und Rumänien⁶, der am 27. Juni 2007 vorgelegt wurde, kommt zu der Schlussfolgerung, dass der Fortschritt beim rechtlichen Umgang mit Korruption auf hohem Niveau unzureichend sei. Die Kommission stellte jedoch fest, dass es zu früh sei, um Sanktionen gegen die beiden Staaten einzuleiten oder auch die Androhung von Strafen aufzuheben. In Rumänien wird gegenwärtig gegen zwei frühere Premierminister und zwei frühere Minister aufgrund von Korruptionsvorwürfen ermittelt. Damit zeigt sich, dass der Kampf gegen Bestechung und Günstlingswirtschaft nunmehr auf höchster Ebene ausgetragen wird. Der EU-Kommissar für Freiheit, Sicherheit und Recht Franco Frattini unterstrich, dass er die richtige

⁴ <http://www.euractiv.com/de/erweiterung/neuwahlen-rumanien-amtsenthebung-prasidenten/article-163280> besucht am 23.8.2007.

⁵ <http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185.OID6778074> besucht am 23.8.2007.

⁶ <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/948&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en> besucht am 11.10.2007.

Nachricht an die Bevölkerung in Bulgarien und Rumänien aussenden wolle. „Wir wollen diesen beiden Staaten helfen und nicht mit dem Finger auf sie zeigen“, so Frattini. Die Kommission entlässt Bulgarien und Rumänien jedoch nicht vollkommen aus der Verantwortung. Sie werde bis Mitte 2008 weiterhin die Fortschritte beobachten und ihre Sanktionsandrohung aufrechterhalten, so wie die Nicht-Anerkennung von Gerichtsurteilen. Erwogen werde eine Inkraftsetzung der mit dem Beitritt verbundenen Schutzklauseln, wenn die beiden Staaten weiterhin ‚keinen Fortschritt machten und die Zielvorgaben nicht erreichten‘. Einerseits können diese Schutzklauseln als eine qualitative Herabsetzung der EU-Mitgliedschaft angesehen werden, andererseits zwingen dieselben die Regierungen beider Länder dazu, die institutionellen und administrativen Reformen mit besonderem Nachdruck anzugehen.

Bulgarien zwischen scheinbarer politischer Stabilität und Auftragsmorden

Nach einer äußerst schwierigen Regierungsbildung führt der sozialistische Parteichef Sergej Stanishev seit Sommer 2005 eine Mitte-Links-Koalition an und beerbte dabei den von 2001 bis Mitte 2005 regierenden Ministerpräsidenten Simeon Sakschoburgowski, den ehemaligen Zaren Bulgariens. Die Rückkehr der Sozialisten an die Macht ist der prekären sozialpolitischen Situation des Landes geschuldet, die es der linksorientierten Wahlpropaganda leicht machte, die Wählerschaft zu gewinnen. Die Diskrepanz zwischen den Gewinnern der Transformationen, die vor allem in der legalen und „halb-legalen“ Geschäftswelt auszumachen sind, und den Verlierern wird nicht nur durch Indikatoren wie die gestiegene Einkommens- und Vermögensungleichheit untermauert, sondern manifestiert sich auch in den soziologischen Einstellungen der Bevölkerungsgruppen über Lohngerechtigkeit und die wohlfahrtsstaatliche Rolle des Staates⁷. Bulgarien habe laut jüngster Einschätzung seitens der EU-Kommission⁸ die wichtigsten Verfassungsreformen angenommen, zeige ‚guten Willen und Entschlossenheit‘, die Bemühungen bei der konkreten Umsetzung der Reformen müssen jedoch deutlich verstärkt werden. Der Bericht bestätigt ‚unzureichende Fortschritte‘ Bulgariens in den Bereichen der Korruption auf hoher Ebene und beim organisierten Verbrechen. Das Dokument stellt fest, dass ‚Auftragsmorde eine große Sorge‘ blieben und dass ‚bisher keine Anklage oder Verurteilung‘ stattgefunden habe. Laut dem EU-Bericht sei man mit den Fortschritten Bulgariens hinsichtlich der Rechtsreform, der Korruptionsbekämpfung auf lokaler Ebene und der Einrichtung einer nationalen Agentur für Integrität zufrieden. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass noch immer weitreichende Reformbemühungen im institutionellen und administrativen Aufbau notwendig seien.

In Sommer 2007 richtete sich das Interesse der Weltöffentlichkeit auf die Freilassung der in Libyen festgehaltenen und jahrelang mit der Todesstrafe bedrohten bulgarischen Krankenschwestern, an deren Ausreise in ihr Heimatland der französische Staatspräsident Sarkozy und dessen Gattin einen nicht unerheblichen Anteil hatten. Tatsächlich ist die

⁷ Vgl. dazu ausführlicher JAN DELHEY, Osteuropa zwischen Marx und Markt, Beiträge zur Osteuropaforschung, Bd. 4, Verlag Krämer, S. 285 ff.

⁸ <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/948&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en> besucht am 23.8.2007.

bulgarische Öffentlichkeit äußerst unzufrieden mit der schwachen außenpolitischen Rolle der eigenen Regierung, die es anderen europäischen Politikern überlassen muss, in Fragen des Schicksals eigener StaatsbürgerInnen die Initiative zu ergreifen. Wesentlich schlimmer ist es um die öffentliche Sicherheit, vor allem in der Hauptstadt Sofia, bestellt. Seit einigen Jahren tobt ein regelrechter „Auftragsmordwettkampf“, dem bereits Dutzende von dubiosen Geschäftsleuten zum Opfer gefallen sind. Der Kampf gegen das organisierte Verbrechen und gegen Schmiergeldaffären, in die Teile der Justiz und Polizei verstrickt sind, ist für die bulgarischen Bürgerinnen und Bürger und für externe Beobachter seitens der EU zu einem Anliegen von allerhöchster Priorität geworden. Die „Euphoria“⁹, die vor allem in der ersten Jahreshälfte nach dem EU-Beitritt deutlich bemerkbar war, wird sich dauerhaft nur dann halten, wenn es einerseits gelingt, eine konsequente Aufklärung der Auftragsmorde zu betreiben und andererseits die zur Verfügung stehenden EU-Mittel für den institutionellen und administrativen Aufbau von Staatsverwaltung, Justiz und Polizei effizient einzusetzen.

Wirtschaftliche Entwicklungen

Die Ausgangslagen beider südosteuropäischen Volkswirtschaften waren bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre hinein äußerst prekär. Eine straffe Zentralverwaltungswirtschaft mit katastrophaler Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen (Bulgarien) bzw. der komplett fehlgeschlagene Versuch, eine autonome sozialistische Wirtschaftsform unabhängig vom Ausland um jeden Preis aufbauen zu wollen (Rumänien), führten in den jeweiligen Ländern zu einem krassen Entwicklungsrückstand im realen Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung und zudem bei verschiedenen sozioökonomischen Indikatoren (bspw. Gesundheitsindikatoren). Ein aufholender Wachstumsprozess durch endogene Wachstumskräfte über die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung sowie durch Exportorientierung nach dem Zusammenbruch des RGW-Staatshandelssystems konnte in beiden Ländern erst nach 1997/1998 initiiert werden.

Wirtschaftsindikatoren für Rumänien und Bulgarien

	Reales BIP-Wachstum in %		Inflationsrate in %		Arbeitslosenquote in %		Pro-Kopf-BIP in KKS (EU 27 = 100)
	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006
Rumänien	7,7	7,3	6,6	5,0	7,4	7,0	38
Bulgarien	6,2	6,5	7,4	6,5	8,9	8,2	37

Quellen: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute ARGE, *Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2007*, S. 17; Daten von Eurostat unter <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/> besucht am 12.10.2007.

⁹ Vgl. THE ECONOMIST, Euphoria – for now, Aug 9th, 2007, S. 34.

Die ökonomischen Indikatoren für Rumänien und Bulgarien zeigen einerseits den wirtschaftlichen Aufholprozess hinsichtlich der realen Wertschöpfung der Volkswirtschaften. Dies spiegelt sich in den im Vergleich zu den Vorjahren gestiegenen Werten für das Pro-Kopf-Einkommen gemessen in Kaufkraftstandards KKS wider. Bis vor wenigen Jahren lagen die Vergleichswerte noch bei unter 30 Prozent Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung, verglichen mit dem Rest der EU-Länder. Andererseits weisen die Inflationsentwicklung und die Entwicklung der Arbeitslosenquote zwar eine rückläufige Tendenz auf, es bedarf allerdings noch verstärkter Anstrengungen, um sowohl die Arbeitslosigkeit dauerhaft zu senken, als auch im Fall Rumäniens die rumänische Währung Leu insoweit zu stabilisieren, dass im Jahr 2012 der Euro eingeführt werden kann. Die relativ niedrigen Werte für die Arbeitslosenquote in Rumänien sind auch auf die enorme temporäre oder permanente Auswanderungswelle von Arbeitskräften in Richtung mediterrane EU-Länder (insbesondere Italien und Spanien) zurückzuführen.

Rumänien

Während Bulgarien in den 1990er Jahren vor allem mit einem exorbitanten makroökonomischen Ungleichgewicht bei Hyperinflation zu kämpfen hatte, war die rumänische Ökonomie lange Zeit gekennzeichnet von mangelnder Umstrukturierung, Anpassung der Produktions- und Finanzstrukturen und fehlenden Privatisierungsfortschritten. Trotz stabiler Wachstumsraten seit fünf Jahren weist das Land in der institutionellen Konvergenz und Stabilität gravierende Mängel in der staatlichen Administration auf. Experten weisen darauf hin, dass die statistisch ausgewiesenen moderaten Arbeitslosenquoten von ca. 7 Prozent (gemessen an der Erwerbsbevölkerung) nach unten verzerrt sind¹⁰. Vor allem bei der Betrachtung der Beschäftigungsverhältnisse in der Landbevölkerung muss ein verdecktes Arbeitslosenpotenzial mit einkalkuliert werden. Bei niedrigen Lohnkosten und gut ausgebildeten Fachkräften sowie einem beachtlichen Absatzpotenzial muss Rumänien viel stärker als bislang seine Möglichkeiten im Anziehen von ausländischen Direktinvestitionen suchen. Insbesondere die Entwicklung des Tourismussektors steckt im Vergleich zum Nachbarland Bulgarien noch in den Kinderschuhen. Gleichwohl zeigt sich in Rumänien eine sehr divergierende regionale wirtschaftsgeographische Entwicklung. Während die kulturhistorisch zum südöstlichen Rand von Mitteleuropa gehörenden Regionen Siebenbürgen / Transsilvanien und Banat eine rasante nachholende Entwicklung bei stetig steigendem Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen aufweisen, kämpfen die östlich und südlich der Karpatenkette gelegenen Regionen Moldau, Walachei und Dobrudscha mit vielfältigen industriellen und landwirtschaftlichen Strukturproblemen. Dabei ragt freilich das Agglomerationsgebiet um die Hauptstadt Bukarest, das in wenigen Jahren zu einer Boomregion avancierte, heraus. Besonders illustrativ und beeindruckend ist die Entwicklung von Hermannstadt / Sibiu, der Kulturhauptstadt Europas 2007, die vom deutschstämmigen Bürgermeister Klaus Johannis regiert wird. Vor allem mittelständische Industrien sorgen vergleichbar der Situation in Klausenburg / Cluj-Napoca für eine beispiellos niedrige

¹⁰ Vgl. Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche WIIW http://www.wiiv.at/pdf/adb_catalogue_romania.pdf - besucht am 12.8.2007.

Arbeitslosenquote von unter zwei Prozent bei einem gleichzeitigen Aufschwung im lange Zeit vernachlässigten, arbeitsintensiven Dienstleistungssektor.

Bulgarien

Ähnlich wie Rumänien hat Bulgarien schwere Zeiten des demokratischen und marktwirtschaftlichen Umbruchs hinter sich und sieht noch gewaltige Aufgaben in der vollen Übernahme des Acquis Communautaire vor sich. Vor allem in den komplexen Bereichen der Umweltrichtlinien, des Ausbaus eines effizienten staatlichen Administrationsapparates und der Justiz- sowie der Anti-Korruptionspolitik weist das Land noch fundamentale Mängel auf. Darüber können auch die günstigen makroökonomischen Entwicklungen seit Einführung des Currency-Board-Systems im Jahr 1997 nicht hinwegtäuschen. Bei einem System des „Währungsrates“ handelt es sich um eine 100%ige Deckung der Zentralbankgeldmenge durch Devisen, sodass die Entwicklung der Inflationsrate in Anlehnung an die Entwicklung der Referenzwährung, vormals DM, nun Euro gekoppelt werden kann. Obgleich das Land dauerhaft hohe reale Wachstumsraten bei Währungsstabilität aufweist und die Privatisierung fortgeschritten ist, hemmen gesetzgeberische und administrative Defizite eine ausgewogene realwirtschaftliche Entwicklung. Die Einbindung in den wirtschaftsgeographischen Raum der europäischen Arbeitsteilung ist nur bedingt fortgeschritten. Zu den realwirtschaftlichen und institutionellen Defiziten kommen enorme sozialpolitische Verwerfungen, wenn auch mittlerweile bei deutlich gesunkener Arbeitslosigkeit, die insbesondere die zahlenmäßig bedeutsame Minderheitengruppe der Türken sowie die ethnische Gruppe der Roma treffen. Obwohl die makroökonomische Stabilisierung der letzten Jahre durch eine stabilitätsorientierte Geld- und Fiskalpolitik sehr erfolgreich verlief und so eine Realeinkommenssteigerung bei weiten Teilen der Bevölkerung verzeichnet werden kann, trug die Wirtschaftstransformation auch zu einer Ausgrenzung wirtschaftlich Schwacher und zu einem verstärkten Stadt-Land-Gefälle bei, das wesentlich ausgeprägter als in alten EU-Staaten ausfällt.

Bewertung für RO und BG

Folgt man dem Konzept des Deka Converging Europe Indicator DCEI¹¹, das von der Deka Bank in Anlehnung an die Transformationsindikatoren der European Bank für Reconstruction and Development EBRD entwickelt wurde, dann beobachtet man sowohl für Rumänien als auch für Bulgarien eine rasante aufholende Wirtschaftsentwicklung. Der DCEI als makroökonomisches Konvergenzmodell analysiert die Fortschritte in den vier Teilbereichen institutioneller, realwirtschaftlicher, monetärer und fiskalischer Konvergenz und vergleicht über einen jährlich zusammengefassten Indikatorwert die Entwicklung seit 1995.

In das Modell fließen insgesamt 16 makroökonomische und institutionelle Indikatoren ein. Der Maximalwert von 100 Punkten geht einher mit dem vollständigen Erreichen des wirtschaftspolitisch-qualitativen Niveaus entwickelter Volkswirtschaften, ist jedoch nicht zu

¹¹ Vgl. Details bei Dietmar Hornung, Bulgarien und Rumänien – Balkantiger auf dem Sprung, Faz-net, 8. Juni 2006.

verwechseln mit einem Erreichen des reinen Wohlstandsniveaus, ausgedrückt im Pro-Kopf-Einkommen, also einer quantitativen Größe.

Realwirtschaftliche Konvergenz: Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, Anteil des Agrarsektors am BIP, Arbeitslosenquote, Handel mit EU-Staaten.

Monetäre Konvergenz: Entwicklung der Inflationsrate, Kapitalmarktzinsniveau, Wechselkursstabilität sowie Kreditwachstum.

Fiskalische Konvergenz (jeweils in Prozent des BIP): Haushaltssaldo, Niveau der öffentlichen Verschuldung, Auslandsverschuldung, Anteil des Privatsektors an der Wertschöpfung.

Institutionelle Konvergenz: allgemeine Wirtschaftspolitik, Finanzsystem und Finanztiefe, gesetzliche Rahmenbedingungen, Zahl der in den EU-Beitrittsverhandlungen geschlossenen Kapitel (bis 2006).

Bulgarien konnte sich vor allem bei der monetären und fiskalischen Konvergenz sehr erfolgreich weiterentwickeln. Hier wurden zweifellos die größten Fortschritte erzielt, nähert man sich doch mit Werten von ca. 80 Indexpunkten mittlerweile dem Idealwert des Indikators von 100. In der realwirtschaftlichen Konvergenz schlagen besonders negativ der hohe Anteil des Agrarsektors, ein Kennzeichen für mangelnden strukturellen Wandel, sowie die noch relativ hohe Arbeitslosenquote von knapp 9 Prozent der Erwerbsbevölkerung zu Buche. Ähnlich wie in Rumänien weisen die gesetzlichen Rahmenbedingungen noch gravierende ordnungspolitische Lücken bspw. in der Unternehmensgesetzgebung auf.

In Rumänien ist vor allem die fiskalische Konvergenz weit fortgeschritten, wohingegen die mangelnde monetäre Konvergenz weiterhin Anlass zu weiteren Reformschritten gibt, auch wenn sich der Wechselkurs des rumänischen Leu gegenüber dem Euro und insbesondere gegenüber dem US-Dollar seit 2005 enorm stabilisieren konnte. Die realwirtschaftliche Integration verläuft aufgrund des gestiegenen Zustroms an ausländischen Direktinvestitionen sowie der verbesserten Handelsintegration innerhalb der EU erfolgreicher als noch vor wenigen Jahren. Beide Länder bieten wegen der EU-Mitgliedschaft und der fortgeschrittenen Wirtschaftstransformation sowie der Stabilisierung des wirtschaftlichen und politischen Umfeldes interessante, langfristig orientierte Investitionsmöglichkeiten im Tourismus- und Immobiliensektor, aber auch bei „Green-field“-Investitionen sowie Beteiligungsmöglichkeiten für klein- und mittelständische Unternehmen. Ohne Zweifel ist in beiden Ländern unterdessen ein sich selbst tragender Aufschwungprozess identifizierbar. Die Entwicklung dürfte auch in den nächsten Jahren dazu beitragen, dass sich Produktivität und Realeinkommen der Bevölkerung positiv entwickeln, wohingegen die sozialpolitischen Herausforderungen aufgrund der relativen Armut eines Teils der Bevölkerung nach wie vor immens sind.

Stand: 30. November 2007